

Von der Volks- zur Restschule

Bildungsvielfalt Gegnerschaft der Initiative trägt breites Argumentarium vor

VIELFALT Eine Klasse der privaten Rudolf-Steiner-Schule in Pratteln übt im Malunterricht, eine Tasse abzuzeichnen. NICOLE NARS-ZIMMER

Bei der Initiative «Bildungsvielfalt für alle» meldet sich die politisch breit abgestützte und prominent besetzte Gegnerschaft zu Wort. Sie befürchtet den Niedergang der Volksschule.

JÜRIG GOHL

«Die heutige Volksschule verkommt zu einer Restschule», sagt Bea Fünfschilling, die Binniger FDP-Landrätin und Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland, «falls die Privatschul-Initiative angenommen wird.» Mit Schlagworten dieser Güte waren die Stellungnahmen der Gegnerschaft durchsetzt, die gestern in Liestal erstmals offiziell zur Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» Stellung bezog. Zwar steht noch immer nicht fest, wann das Baselbiet über das Begehren der «Elternlobby Schweiz» abstimmt. Gleichwohl sah sich das prominent bestückte und politisch breit abgestützte Gegenkomitee veranlasst, auch in die Offensive zu gehen, da die Initianten bereits seit gut einem Jahr mit Veranstaltungen und Leserbriefen für ihr Anliegen werben.

Bea Fünfschilling, die mit SVP-Landrat Georges Thüring, CVP-Landrätin Elisabeth Schneider und Lukas Ott, dem Liestaler Stadtrat der Grü-

nen, das zehnköpfige Co-Präsidium des Gegenkomitees vertrat, erinnerte auch an die kürzlich erschienene Studie von Bildungswissenschaftler Jürgen Oelkers im Auftrag des Kantons Bern. Sie gelangte zum Resultat, dass die freie Schulwahl zu einer Kostensteigerung im Bildungsbereich führe und sich die Bildung dadurch nicht verbessere – «im Gegenteil».

Volksschule und Dörfer leiden

Elisabeth Schneider kritisierte das Begehren, allen nicht nur eine freie Schulwahl zuzugestehen, sondern auch noch mit Staatsgeldern den Besuch von Privatschulen zu finanzieren, aus der Optik der Gemeinden. Auf diese hätte die Initiative bei Annahme «massive Auswirkungen». Denn den Gemeinden würde die Planung erschwert, und die Schulhäuser würden sich leeren. «Eine funktionierende Schule gehört aber zum Dorfleben», sagt Schneider. Sie sprach auch von einer drohenden «Zweiklassengesellschaft» und von «Ghettoisierung nach amerikanischem Muster».

Es war nicht der Grüne Ott, sondern SVP-Mann Thüring, der auf einen Nebenaspekt des befürchteten «Schultourismus», wie ihn Schneider nannte, aufmerksam machte, auf die «Wahn-

sinnigkeit» des markant steigenden Taxi-Mama-Prinzips. Thüring warnte vor allem vor der Illusion, dass die Neuerung nach einer Anfangsinvestition kostenneutral ausfalle. «Die Volksschule wird teurer pro Kind, weil die Fixkosten bleiben, aber die Schülerzahl abnimmt.» Zudem würde «die Bildungsbürokratie» noch stärker aufgebläht, und «wir mit unseren Baselbieter Steuergeldern» würden Privatschulen in Genf und im Engadin zahlen.

Wer immer sich gerade äusserte, bemühte sich, die Initiative und ihre Initianten um die Reinacherin Pia Amacher nicht zu beleidigen, aber

doch ein bisschen zu belächeln. Auch wenn Fünfschilling einmal das Wort «unsinnig» entglitt, so herrschten Ausdrücke wie «rührig» und «blauäugig» vor. Und niemand verpasste, am Schluss noch den Slogan des Neinkomitees zu platzieren: «Gut gemeint ist das Gegenteil von gut.»

Ott wies darauf hin, dass bei einer Annahme Baselland trotz Harmos zur Insel in der Schweizer Bildungslandschaft würde. Trotz starker Gegner und Gegenargumente warnt er vor zu viel Zuversicht. «Vielleicht wird die Initiative zur Projektionsfläche für alle schlechten Schulerfahrungen.»

Nächste Woche mehr...

Dem Gegenkomitee ist es nicht wohl, wenn es eine Initiative bekämpfen muss, die zwar bereits im Dezember 2006 eingereicht worden ist, aber der Abstimmungstermin nach wie vor fehlt und damit die Maximalfrist von eineinhalb Jahren, die zwischen Einreichen und Urnengang liegen dürfen, überschritten ist. Insbesondere weiss niemand, ob die Regierung einen Gegenvorschlag ausarbeiten

wird. Darauf durfte Regierungsrat Urs Wüthrich, der Vorsteher der Bildungsdirektion, gestern auch keine Antwort geben. Immerhin befasste sich die Regierung gestern einmal mehr mit dem Geschäft. Wüthrich stellte in Aussicht, dass am nächsten Dienstag mehr dazu bekannt gegeben wird, wie es mit der Bildungsvielfaltsinitiative, von den Gegnern «Privatschul-Initiative» genannt, weitergeht. (JG)